

# **Der Verfall der kapitalistischen Wirtschaftsordnung**



Vortrag, gehalten vor den Berliner  
Metallarbeitern von Fritz Heckert



**Preis 1 Mark**

**Verlag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes  
Ortsverwaltung Berlin**

38/80/40109(1)

7 Fl



Masterfiche  
vorhanden

## Wie schützt sich die Arbeiterschaft vor der Sabotage des Wirtschaftslebens durch das Unternehmertum?

Wir haben bei der Betrachtung dieser Frage auszugehen von den Tatsachen, die im Wirtschaftsleben vorherrschen und unsere Politik darauf einzustellen. Denn das Wort von der Sabotage der Produktion durch die Unternehmer ist nicht ein neues Modewort in der Agitation, sondern eine unbestreitbare Tatsache. Das deutsche Unternehmertum sabotiert die deutsche Wirtschaft, und dadurch sind die Arbeiter in die größte Not und Gefahr gekommen. Die Arbeitslosigkeit nimmt in allen Gewerben von Woche zu Woche zu. Wir haben gegenwärtig in Deutschland eine Wirtschaftskrisis von einem solchen Umfange, wie wir sie noch nie in unserem Lande erlebt haben.

Darum entsteht für uns, wenn wir diese Arbeitslosigkeit, die Not und das Elend betrachten, die Frage: Was ist zu tun, um die Arbeiter aus dieser Not und diesem Elend zu erretten?

Und da sei erinnert daran, daß wir mehrere Monate nach den Novembertagen 1918, eigentlich von Anfang der Revolution bis in diese Tage, das Wort gehört haben: Nur die Arbeit kann uns retten. Wir hörten es aus dem Munde von Ministern, wir haben es in allen Zeitungen gelesen, in hundert Versammlungen gehört, von Tausenden Anschlägen schrieb es uns entgegen: Nur die Arbeit kann uns retten. Damit war zum Ausdruck gebracht, daß sich unsere Wirtschaft in einem Zustand befindet, aus dem sie nur durch unsere Arbeit, unsere intensive Arbeit, vor dem Verderb gerettet werden konnte. Das ist eigentlich eine Binsenwahrheit, denn in unseren Zonen wachsen keine Brotfrucht bäume, keine Bananen und Datteln, von denen wir uns wie die Wilden Afrikas ernähren könnten, die Sonne scheint auch nicht so warm, daß man ohne Kleidung und Heizung auskommen könnte. Hier muß hart gearbeitet werden, wenn die notwendige Kleidung, Wohnung und Heizung beschafft werden soll, um alle damit zu versorgen. Wir leben auch nicht im Schlaraffenland, wo uns die gebratenen Tauben in den Mund fliegen.

Dieses Wort: Nur die Arbeit kann uns retten, sollte aber auch ausdrücken, daß durch den Weltkrieg unsere Wirtschaft zusammengebrochen ist, und daß ihre Wiederaufrichtung eine Arbeit von außerordentlicher Schwierigkeit ist. Und das

ist Tatsache. Der Krieg ist so lange fortgesetzt worden, bis die deutsche Wirtschaft nicht mehr imstande war, Futter für die Mordinstrumente herzustellen. An Menschen hat es nicht gefehlt, und die besitzende Klasse war gewissenlos genug, Hefatomben von Menschen zu opfern und hätte es weiter getan, wenn eine Möglichkeit dazu vorhanden gewesen wäre.

Bei der Betrachtung dessen, was der Krieg in unserer Wirtschaft angerichtet hat, können wir uns nicht auf eigene Zusammenstellungen stützen, denn wir sind während des Krieges völlig im Dunkeln gelassen worden über das, was der Krieg an Menschen und Werten vernichtete. Ich muß eine amerikanische Schätzung aus dem Jahre 1919 zitieren, die angibt, welchen Teil der Volkswirtschaft der verschiedenen Länder und welchen Teil des Volksvermögens der Krieg bis dahin vernichtet hat. Dort lesen wir, daß von der deutschen Wirtschaft mindestens 50 bis 52% vernichtet worden sind, d. h. daß von allem, was wir vor dem Kriege besaßen, 1919 nur noch die Hälfte vorhanden war.

Wenn wir aus unserer eigenen Kenntnis der Verhältnisse betrachten, wie es mit dem Volkswohlstand bestellt ist, so sehen wir, daß weder Wäsche noch Kleidung, noch Geschirr, noch irgendwelche Gebrauchsgegenstände in ausreichendem Maße vorhanden sind. Die Arbeiter sind gänzlich verarmt, ganze Familien haben fast alles ins Leihhaus tragen müssen und haben somit den Haushalt abgebrochen.

Wie in der Familie, so steht es auch im Staatshaushalt. Betrachten wir die Schuldenwirtschaft: Der Finanzminister Dr. Wirth gibt die Reichsschuldenlast mit 267 Milliarden an und sagt weiter, wir werden im Deutschen Reichshaushalt im laufenden Jahr jeden Monat weitere 4 Milliarden neue Schulden zu der alten Summe machen.

Wenn wir annehmen, daß die Summe von 267 Milliarden Staatsschulden stimmt, und wenn es wahr ist, was der Finanzminister sagt, daß jeden Monat die Reichsschuld zunehmen wird um 4 Milliarden, außer den Zahlungen, die wir an die Entente zu leisten haben, so bedeutet das: Die gegenwärtigen Steuern reichen nicht annähernd aus, um die Schuldsomme zu verzinsen, sondern wir müssen, trotzdem die Steuerschraube unerträglich angezogen wird, jeden Monat 4 Milliarden neue Schulden machen. Zu den 267 Milliarden Reichsschulden, die sich monatlich um 4 Milliarden vermehren, kommt aber noch die Summe hinzu, die die Staaten und Gemeinden an Schulden haben, schätzungsweise etwa 80 Milliarden. Das zeigt uns, daß wir einen finanziellen Zusammenbruch haben, wie kein Staat der Erde, ausgenommen vielleicht die elenden Reste der ehemaligen Donaumonarchie Oesterreich.

Wenn wir aber, ganz abgesehen von den Geldschulden, nur betrachten, was am Wirtschaftsleben ruiniert ist, so kommen wir beinahe zu noch schlimmeren Ergebnissen. Der Eisenbahnminister hat erklärt, daß wir zwar mehr Lokomotiven besitzen, als im Frieden, aber nur 53 % davon befinden sich in brauchbarem Zustand. Um für den Teil des Deutschen Reiches, der übriggeblieben ist, ausreichende Transportmöglichkeiten zu schaffen, müßten noch 43 % mehr Lokomotiven hergestellt werden, als wir im Frieden besaßen. Aber wenn wir gleichzeitig hören, daß die deutsche Eisenbahn in diesem Jahre ein Defizit von 15 Milliarden machen wird, können wir uns die Zustände im deutschen Eisenbahnwesen vorstellen. Wie mit den Lokomotiven, so steht es auch mit den Wagen, mit dem Eisenbahnkörper, mit allen Einrichtungen des Eisenbahnverkehrs.

Wenn wir weiter das deutsche Wohnungswesen betrachten, finden wir, daß fünf Jahre lang an der Ausbesserung der Wohnräume nichts geschehen ist, die Häuser sind im alten Zustand gelassen, und auch für die unbrauchbar gewordenen ist nichts gebaut worden. Es ist festgestellt worden, daß gegenwärtig für 4 bis 5 Millionen Menschen keine Wohnung zu beschaffen ist. Nach den Feststellungen der Bauarbeiter-Verbände und der Wirtschaftsämter haben wir zur Zeit eine Million Wohnungen zu wenig. Die deutsche Bevölkerung ist durch den Krieg gesundheitlich sehr geschädigt, zum größten Teil unterernährt. Die deutschen Ärzte haben festgestellt, daß sich in schlechten Wohnräumen der Gesundheitszustand dauernd verschlechtert. Wenn wir bedenken, daß die Tuberkulose eine Krankheit ist, die mit dem schlechten Wohnungswesen eng zusammenhängt und mit der Verbesserung der Wohnräume in der Abnahme begriffen war, können wir uns von der Gefährlichkeit des gegenwärtigen Zustandes einen Begriff machen. In Weissensee z. B., wo die schlechtesten Wohnungsverhältnisse Groß-Berlins herrschen, ist die Sterblichkeit fast viermal so groß, wie in Dahlem, wo die besten Wohnungsverhältnisse bestehen.

Gehen wir in die Werkstätten und Fabriken, können wir sehen, daß die Werkzeuge und Maschinen sich nicht mehr in so gutem Zustande wie 1914 befinden. In der deutschen Textilindustrie standen jahrelang die Maschinen still, sie sind zum Teil verrostet und nicht mehr so leicht in Gang zu bringen.

In den Bergwerken sind durch Raubbau riesige Mengen von Stollen und Schächten zusammengebrochen, die Förderanlagen sind in Unordnung. Wir haben kürzlich von dem Unglück auf Zeche Kaisergrube gehört, wo die Förderseile gerissen sind und die Mannschaft in die Tiefe stürzte. Solche

Art Unglücksfälle kommen jetzt oft vor, während sie im Frieden außerordentlich selten waren, weil die Förderseile oft ausgewechselt und mindestens monatlich auf ihre Haltbarkeit geprüft wurden. Weil wir jetzt nicht genügend Förderseile herstellen, und vor allem, weil der Preiswucher des Zechenkapitals zugleich die Betriebskosten steigert, das Kapitalkonto immer größer wird, unterbleibt die Wiedergutmachung des während des Krieges verübten Raubbaues.

Wir können unsere Wirtschaft betrachten, wie und wo wir wollen: Wohnungen, Fabriken, Ackerbau, Viehstand, Geräte, Haushalt, überall Zusammenbruch und Niedergang. Wahrscheinlich ist die Schätzung der Amerikaner über den Verlust des Nationalvermögens mit 50 % nicht zu hoch.

Das aber wußten wir schon, als der Krieg zu Ende war. Wir machten in den Endmonaten des Krieges die Erfahrung, daß die Wirtschaft zusammenbricht, und daß damit auch der lebendige Mensch zusammenbricht. Durch die schlechte Ernährung hat der Gesundheitszustand der Menschen erheblich gelitten. Wir haben speziell im Kohlrübenwinter 1916 gesehen, wie der Mensch bei nicht genügender und guter Nahrung verfällt. Im nachfolgenden Sommer starben Tausende von Menschen am Hungertyphus, sie waren aufgeschwemmt, aber nicht weil sie gesund und wohlgenährt, sondern weil sie totkrank waren. Damals starben 600 000 Menschen, die wahrscheinlich nicht gestorben wären, wenn sie ausreichend ernährt worden wären. Ich erinnere ferner an die mehrmaligen, furchtbaren Grippeepidemien, die die körperliche Leistungsfähigkeit vernichteten.

Dazu ist die moralische Verwahrlosung der Bevölkerung durch den Krieg gekommen. Dazu die Verzweiflung, die weite Schichten der Arbeiter in der Nachkriegszeit erfaßte, wenn sie konstatieren mußten, daß sie am Wochenende nur immer mehr Schulden hatten, als am Wochenbeginn. In einem Zustand, in dem man bei angestrebter Arbeit nicht mehr imstande ist, für die notwendigen Lebensbedürfnisse zu sorgen, kann niemals Lust und Liebe zur Arbeit entstehen, sie muß mehr und mehr abnehmen. Und die entsetzliche Abspannung und das Zerstörungsfieber, das uns im Kriege als mannhafte Tat gepredigt wurde, hat die moralische Widerstandskraft vernichtet. Nach Beendigung des Krieges war die Volkswirtschaft materiell zerbrochen und die Arbeitenden nicht mehr imstande, so zu arbeiten, um zu verdienen, was man im Laufe der Woche verbraucht.

Im Anfang der deutschen Revolution traten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auf und sagten den Arbeitern: Jetzt ist der Zeitpunkt, wo mit dem kapitalistischen System

aufgeräumt werden muß; der Kapitalismus hat Euch in den Weltkrieg gestürzt, er hat den wirtschaftlichen Zusammenbruch der Produktion verschuldet. Es kann uns nur die entschlossene sozialistische Tat retten. Darum, Arbeiter, rafft Euch auf, nutzt die politische Freiheit, um daraus auch die soziale Befreiung aus kapitalistischer Knechtschaft zu erringen! — Aber die Worte Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, mit heißem Herzen hinausgetragen in die Arbeiter, haben nicht vermocht, die Arbeiter zusammenzuschließen zur Befreiung vom kapitalistischen Joche, denn die deutschen Arbeiter waren nicht vorbereitet auf die proletarische Revolution. Darin unterscheidet sich die proletarische von der bürgerlichen Revolution. Der bürgerlichen Revolution des vorigen Jahrhunderts ist vorangegangen ein Zeitalter der Aufklärung, in dem hervorragende Köpfe wie Voltaire, Diderot, Rousseau das Bürgertum vorbereiteten und geistig fähig machten, die Herrschaft zu übernehmen.

Anders mit dem Proletariat. Es ist in die Revolution unvorbereitet hineingekommen, man hatte sich nie recht im Proletariat mit der Revolution befaßt. Wir hatten zwei Schriften von Kautsky: „Am Tage vor der Revolution“ und „Am Tage nach der Revolution“ — aber kein Werk: „Was tut das Proletariat in der Revolution, welche Mittel wendet es an, damit es die soziale Freiheit erringt.“ Man hat sich nie mit der sozialen Revolution beschäftigt, ist diesen Diskussionen sorgfältig ausgewichen und hat sich im Kriege auf absolut antirevolutionäre Politik eingestellt, hat den Bürgerfrieden gepredigt, auf selbständige Aktionen verzichtet und hat das Proletariat bedingungslos den Hindenburg und Ludendorff untergeordnet, nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

Noch am Tage vor der Revolution, am 8. November, wurde vom Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, dem „Vorwärts“, geschrieben, daß man keine Revolution machen dürfe, daß die Revolution das größte Verbrechen sei, das am Volke verübt werden könnte. Als am 9. November aber die Revolution trotzdem Tatsache wurde, fand man sich damit ab. Ist es da ein Wunder, daß weder die Führer, die auf eine antirevolutionäre Politik eingestellt waren, noch die Massen am 9. November Sinn und Wesen der Revolution verstanden und unsere Macht Stück für Stück den Feinden zurückschenkten, bis wir jetzt endlich aus der Markose erwacht sind und sehen, daß wir schlimmer daran sind als je und die politische Macht wieder in den Händen unserer Feinde ist.

Was wurde den Arbeitern in den Novembertagen gesagt? In Berlin war am dritten Tage der Revolution ein Plakat

angeschlagen des Inhalts, daß jeder, der Eigentum habe, darum nicht zu bangen brauche, die Revolution sehe es für ihre Ehrenpflicht an, das Eigentum zu schützen. Die, die dem Staate Geld geliehen hatten, sollten es zurückerhalten bei Heller und Pfennig und auch die Zinsen bekommen.

Das heißt, daß in dem Moment, als die Revolution zu wirken beginnen wollte, die Volksbeauftragten nicht nur das Erstgeburtsrecht der Revolution verrieten, sondern die gesamte Macht wieder den politischen Feinden auslieferten. Indem man die Heiligkeit des Eigentums anerkannte, verzichtete man auf den Inhalt der sozialen Revolution.

Die proletarische Revolution unterscheidet sich dadurch von der bürgerlichen, daß sie das Privateigentum abschafft und umwandelt in gesellschaftliches Eigentum, daß man mit einer Gesellschaft Schluß macht, die aufgebaut ist auf der Ausbeutung der einen durch die anderen, und die klassenlose Gesellschaft aufbaut. In dem Moment, in dem man das Privateigentum für unantastbar erklärt und sich auch zur Zinsenzahlung verpflichtet, überliefert man die Arbeiter wieder dem kapitalistischen Ausbeutungssystem.

Aber die Arbeiter wurden rebellisch und sagten: Wir wollen soviel Lohn, daß wir unseren Magen füllen können, daß wir uns anständige Kleidung beschaffen können, daß wir teilnehmen können an den Errungenschaften der Kultur. Da sprach der Volksbeauftragte Emil Barth, als er mit Siemensarbeitern unterhandelte und diese die geringen Zugeständnisse nicht anerkennen wollten, das Wort: „Genossen, man will unsere schöne Revolution zu einer Lohnbewegung entwürdigen.“

Was heißt das? Das bedeutet, daß der Volksbeauftragte Barth den Sinn der Revolution verkannte, denn der Arbeiter, der bessere Lebensbedingungen schaffen und die kapitalistische Ausbeutung beseitigen will, wird den ersten Schritt damit tun, daß er verlangt, rechtsschaffen leben, sich kleiden und wohnen zu können.

Und als dann in einigen Teilen Deutschlands von den Arbeitern stürmisch die Sozialisierung verlangt wurde, kamen Leute her und sagten zu uns Arbeitern: „Nur die Arbeit kann uns retten. Aber wir Arbeiter seien zur Aufnahme der sozialistischen Wirtschaft zu dumm, die Unternehmer werden nicht mitmachen, sie werden die Wirtschaft sabotieren, aber wir können bei dem jetzigen Stande der Produktion nicht auf den Unternehmergeist verzichten. Darum ist es notwendig, daß die Arbeiter mit dem Unternehmer zusammengehen zur Aufrichtung der Produktion.“

In herrlichen Farben wurde geschildert, daß die Arbeitsgemeinschaft der einzig richtige Weg zum Sozialismus sei.

Man setzte uns auseinander: In den Arbeitsgemeinschaften herrsche die Demokratie; der Unternehmer ist nicht mehr Herr; die Arbeiter in der Fabrik, im Hause, auf dem Bau werden sagen, das sind unsere Interessen, und die Unternehmer werden darauf Rücksicht nehmen müssen.

Damals, als die Unternehmer Angst hatten, die Arbeiter würden sie zur Rechenschaft ziehen, haben sie nicht die Dummheit befohlen zu sagen: „Wir sind gegen die Demokratie.“ Sie sagten vielmehr: „Natürlich, die Demokratie ist etwas Selbstverständliches; Du, lieber Bruder Arbeiter im blauen Arbeitsmittel, wie haben wir Dich einst verkannt! Wir haben aber im Kriege einsehen gelernt, daß Du als der ärmste Sohn auch der treueste bist, und wollen wir zusammen arbeiten am Aufbau der Wirtschaft, und niemals soll mehr ein Mißverständnis zwischen uns treten.“

Und wenn die Spartakisten sagten: „Glaubt ihnen nicht, der Unternehmer kann nie mit Euch im gleichen Interesse tätig sein“, — dann waren das nicht nur Windbeutelereien, sondern einfach Verbrechen. „Die Spartakisten brauchen das Chaos, um ihre Parteisuppe dabei zu kochen!“ und andere schlimme Dinge wurden uns nachgesagt.

Aber die Arbeiter fanden sich mit den Arbeitsgemeinschaften ab und setzten eine Sozialisierungskommission ein und sagten: Die Sozialisierung ist nicht etwa eine einfache Sache. Man muß genau festsetzen, wo man anfängt. Es sind schon viele Fehler gemacht worden, wir dürfen nicht noch mehr machen, sonst schaden wir uns selber. Darum müssen wir fein sauber und bedachtsam die Sozialisierung in die Hand nehmen. Man sagte uns: Die Unternehmer werden mit uns die Sozialisierung in die Hand nehmen, — und tat dies in der bestimmten Voraussetzung, daß die Unternehmer mit den Arbeitern den Aufbau der Wirtschaft betreiben würden, damit die Arbeiter nachher vom Unternehmer die aufgebaute Wirtschaft übernehmen können. Man sagte sich etwa so: Jetzt wird der Unternehmer den Betrieb nicht hergeben, aber nachher kaufen wir ihm denselben ab und steuern ihm dann den Kaufpreis wieder weg. Alle solche schönen Pläne wurden kritiklos von den Arbeitern hingenommen.

Die besitzende Klasse predigt nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Staaten tausend Jahre das Christentum durch die Lande: Wer zwei Röcke hat, der gebe dem einen, der keinen hat, und trotzdem haben wir nichts davon bemerkt, daß das Christentum sich in die Tat umsetzt. Aber mit der famosen Erfindung der Arbeitsgemeinschaften glaubte man den Unternehmer abzubringen von seinem unchristlichen Standpunkt. Nein, wenn der uns eine zusammengebrochene

Wirtschaft schon nicht gutwillig übergibt, so natürlich erst recht nicht eine mit seiner Hilfe aufgebaute. Es ist, als wenn man dem Unternehmer sagte: Hilf uns die Wirtschaft aufbauen, zum Dank dafür werden wir sie dir später wegnehmen. Nein, so einfältig ist kein Unternehmer; wenn er nicht von Anfang an dagegen rebelliert, so deswegen, weil er sich sagt: Kommt Zeit, kommt Rat. Wenn ich erst wieder die Macht habe, werde ich euch Arbeiterplebs schon zeigen, daß ich die Wirtschaft nicht aufgebaut habe, damit der Sozialismus werde.

Aber diese Arbeitsgemeinschaften, die eine psychologisch falsche Voraussetzung haben, sind insofern untauglich, zum Sozialismus zu führen, weil sie in Tat und Wahrheit das kapitalistische System nur verewigen.

Zum Beispiel: Der Betriebsrat einer Fabrik geht zum Unternehmer und sagt: Die Produkte, die wir in dieser Fabrik herstellen können, werden in einem Umfange gebraucht, daß wir alle fleißig arbeiten können, und wir wollen nun arbeiten, um den Bedarf zu befriedigen. Da sagt der Unternehmer: Ich bin damit einverstanden, aber wir können nicht nur arbeiten, sondern müssen für das Produkt auch einen Preis haben, daß sich das Geschäft bezahlt macht. Darauf die Arbeiter: Es kommt doch darauf an, daß die Wirtschaft in Gang kommt, was schert uns dein Nutzen, das Produkt wird gebraucht zum Aufbau der Volkswirtschaft. Nein, sagt der Unternehmer, in meinem Werk steckt eine Million Kapital, das nicht nur mir gehört. Einen Teil habe ich geliehen; den Aktionären muß ich nach einem Jahr Dividende zahlen, und wenn ich das nicht kann, werden sie das Geld nach einem Jahr aus dem Betrieb herausziehen. Ich lasse mein eigenes Geld auch nicht darin, damit es sich vermindere, nur, wenn es sich vermehrt, hat die Produktion für mich ein Interesse.

In den Arbeitsgemeinschaften wird es ein gemeinsames Arbeiten nur geben, wenn sich das investierte Kapital vermehrt. Aber das Kapital heckt nicht allein, es vermehrt sich nur dadurch, daß unsere Hände und Köpfe fleißig sind, nur aus Arbeit kann neues Kapital entstehen. Die Arbeitsgemeinschaften sind also die Anerkennung, nicht nur soviel Arbeit leisten zu wollen, wie notwendig ist, sondern auch das Bedürfnis des Kapitalisten nach vermehrtem Kapital zu befriedigen.

Das heißt aber nicht eine Verminderung, sondern eine Vermehrung des Kapitalismus durch die Arbeiter mittels der Arbeitsgemeinschaften herbeiführen, also nicht ein Schritt zur sozialen Befreiung der Arbeiterklasse, sondern ein Schritt davon weg, die Befestigung des Kapitalismus und seine Anerkennung durch das Proletariat.

Betrachten wir uns einzelne Fälle: Die deutschen Kohlenbarone sagten in den Arbeitsgemeinschaften, wenn die Bergarbeiter mehr Lohn verlangten: Wenn wir mehr Lohn bewilligen, müßt ihr damit einverstanden sein, daß die Preise erhöht werden.

Erhoben die Bergarbeiter dagegen Einspruch, waren es die Arbeitsgemeinschaften, die sich verständigten über die Erhöhung der Kohlenpreise. Dann haben wir bei jeder Preiserhöhung feststellen können, daß der kleinere Teil der Preiserhöhung in die Hände der Bergarbeiter, der größere in die Hände der Zechenherren floß. Wie wäre es sonst möglich, daß ein einziger Stinnes eine Milliarde — 1000 Millionen — verdienen konnte!

Ein anderes Beispiel: Man sagte den Arbeitern, wir müssen für den Export fabrizieren, die Valuta ist so gesunken, daß alles furchtbar teuer ist. Wenn aber auf dem Weltmarkt die deutsche Mark steigt, werden die Preise im Lande sinken, wird eine Verringerung der Schuldenlast eintreten, werdet ihr Arbeiter auskömmlichere Lebensbedingungen haben. Die Arbeiter traten mit den Kapitalisten für die Steigerung der Exportwirtschaft ein. Was haben sie dadurch erreicht? Die deutschen Kapitalisten nutzten ihre Fabriken, die Arbeiterhände und Köpfe aus, um draußen auf dem Weltmarkt durch den billigen Export deutscher Produkte dem Kapital anderer Länder Konkurrenz zu machen. Dadurch trat ein, daß das deutsche Produkt auf dem Weltmarkt billiger war, als das englische und französische. Deshalb waren die deutschen Produkte sehr begehrt, und in der deutschen Industrie gab es einen riesigen Aufschwung. Die Arbeitslosigkeit verminderte sich stark, es schien, als wären wir nach dem Kriege in eine Prosperität geraten, wie wir sie kaum erlebt haben. Seit März dieses Jahres ist es aber wieder ganz anders geworden; steigende Arbeitslosigkeit macht sich mehr und mehr bemerkbar.

Wir werden untersuchen, wieso die Arbeitsgemeinschaften mit schuld daran sind, daß die Verhältnisse auf dem Weltmarkt sich so gestalteten.

Die deutschen Lokomotiven kosteten auf dem Weltmarkt 50 000 schwedische Kronen, während die schwedischen Lokomotiven mit 70 000 Kronen verkauft wurden. Natürlich wurden nun nicht mehr schwedische, sondern deutsche Lokomotiven verlangt. Die deutschen Arbeiter erwiesen sich so als Lohnrücker der schwedischen. Denn will der schwedische Unternehmer verkaufen, so muß er seinen Preis entsprechend erniedrigen, und das ist nur möglich, wenn der Produktionspreis auf Kosten der Arbeiter sinkt. So war es auch mit den Produkten der Textilindustrie, mit Möbeln, Schuhen,

kurzum mit allen Exportartikeln. Der billige Preis der deutschen Erzeugnisse ermöglichte es dem deutschen Unternehmer, seine Produkte auf dem Weltmarkt abzusetzen und eine Absatzkrise in den andern Ländern hervorzurufen. Dadurch wurde der deutsche Arbeiter zum Lohndrücker auf dem Weltmarkt.

Aber durch die wüste Wirtschaft für den Export haben die Kapitalisten in sinnloser Weise die Rohmaterialien verbraucht.

Die absolute Oeffnung der Grenzen verschuldete, daß der Unternehmer nicht mehr die Absicht hatte, für Deutschland zu produzieren. Ihm war es gleichgültig, ob die Produkte hier gebraucht wurden, ob die Bevölkerung an allem Mangel litt. Er schaffte seine Produkte dahin, wo sie ihm den meisten Profit einbrachten.

Dann trat ein Zustand völliger Absatzstörung ein. Auch die deutschen Fabrikate konnten nicht mehr abgesetzt werden, weil inzwischen die Lebenshaltung der Proletarier anderer Länder auch so gesunken war, daß kein Interesse mehr vorlag, die deutschen Erzeugnisse zu kaufen.

In dem Moment nun, in dem Deutschlands Industrielle nicht mehr für den Export fabrizieren, schließen sie die Betriebe, sie sagen nicht mehr: „Nur die Arbeit kann uns retten“, sondern „Die Arbeitseinstellung rettet uns vor dem Bankerott“. Es ist eine Wirtschaftskrise von ungeahnter Ausdehnung eingetreten.

Früher gab es auch Wirtschaftskrisen. Wir haben alle schon solche Wirtschaftskrisen erlebt, in diesem Jahrhundert hatten wir zwei große Krisen, und auch damals wurden die Arbeiter arbeitslos. Aber die früheren Krisen hatten andere Gründe als die gegenwärtige Weltkrise. Die Krisen der früheren Zeiten kamen daher, daß die Kapitalisten nicht wußten, wieviel von den Produkten einer Art sie auf dem Markt absetzen konnten. In der kapitalistischen Produktion wird ja nicht für den Bedarf der Menschen produziert, es wird nicht festgestellt, wir brauchen so und soviel Laib Brot, soviel Anzüge, Schuhe, Möbel usw. Hier in der kapitalistischen Wirtschaft ist die Produktion nicht eingestellt auf den Bedarf der Menschen, sondern auf den Warenmarkt; es werden Waren produziert, nicht Bedarfsartikel. Die Ware wird nicht hergestellt nach der Feststellung, daß sie auf dem Warenmarkt gebraucht wird. Es kann vorkommen, daß die Industriellen 70 Millionen Anzüge hergestellt haben, es werden aber nur 60 Millionen auf dem Warenmarkt gebraucht, es bleiben 10 Millionen übrig. Dann werden die Bekleidungsindustriellen Schneidergesellen entlassen, und zwar so lange, bis die überschüssigen Anzüge entweder auf dem inneren Markt abgesetzt sind, oder aber auf dem Weltmarkt ein Platz gefunden ist, wo die 10 Millionen Anzüge unterzubringen sind.

In den anderen Industrien ist es ebenso: Ist ein Produkt in solcher Menge hergestellt, daß es auf dem Innenmarkt nicht untergebracht werden kann, drängt es auf den Weltmarkt. Hat auch dieser nicht mehr die Fähigkeit, etwas aufzunehmen, sucht der Kapitalist den Weltmarkt zu erweitern.

Und da wir nicht eine Möglichkeit haben, über die Erde hinaus zu drängen, weil wir nicht an die Jupiter- oder Mondbewohner liefern können, trat ein Zustand ein, wo die Kapitalistenklasse den Weltmarkt nicht mehr zu erweitern vermochte. Da blieb den Kapitalisten nichts übrig, als daß sie sagten, sie müßten den Kapitalistenkonzern eines Landes niederschlagen, um dessen Kundschaft zu erhalten, und damit die Möglichkeit zu haben, ihre Kundschaft zu erweitern.

Diese Pläne hatten die Kapitalisten aller Länder, sie haben aber dabei vergessen, daß mit der Vernichtung eines Konkurrenten auch ein Kunde vernichtet war, und daß man die Kundschaft eines geschlagenen Landes nicht einstecken kann, sondern einen guten Kunden verloren habe.

Das merken besonders die Engländer: Sie haben die deutsche Wirtschaft ruinieren helfen, und die Deutschen können nun nicht mehr kaufen, und was die Engländer damit gewonnen haben, ist nicht so viel, als sie verloren haben.

Nun entsteht die Frage für uns: Ist diese Krisis hervorgerufen, weil wir eine Ueberproduktion haben und ist diese dadurch zu beheben, daß wir auf dem Weltmarkt einen Platz erschließen, auf dem wir die überschüssigen Produkte absetzen? Diese Krisis ist aus anderen Ursachen entstanden: der Weltmarkt hat sich durch unsern Export verengert. Zum Beweis des Umfanges der jetzigen Krise führe ich an, daß z. B. in der Schuhindustrie der Pfalz allein 33000 Arbeitslose vorhanden sind. Diese Schuhmacher sind nicht deshalb arbeitslos, weil wir alle genügend Schuhe an den Füßen haben, im Gegenteil! Aber die, die Schuhe am nötigsten brauchen, können die Preise nicht zahlen, die dafür verlangt werden.

In der Berliner Holzindustrie sind 40000 Arbeiter beschäftigt, davon werden 10000 voll beschäftigt, 8000 sind arbeitslos und was dazwischen liegt, also über 20000, werden zwischen 16 und 30 Stunden beschäftigt. Weshalb sind alle diese Holzarbeiter arbeitslos oder teilweise arbeitslos? Weil wir keinen Bedarf an Möbeln haben? Nein, nach dem Kriege haben über zwei Millionen Eheschließungen stattgefunden, die noch keinen eigenen Haushalt gründen konnten, weil sie nicht die Möglichkeit haben, Möbel und andere notwendige Haushaltsgegenstände zu kaufen. Und dennoch sind die Arbeiter arbeitslos.

Der Berliner Arbeitsnachweis meldet Tausende arbeitsloser Bauarbeiter. Weshalb sind die Bauarbeiter arbeitslos, wenn Millionen wohnungslos sind? Doch nicht, weil kein Bedarf an Wohnungen vorhanden ist?

In der Hamburger Fett- und Delindustrie wurden 12000 Arbeiter entlassen. Etwa deshalb, weil die Fetttöpfe der Bevölkerung so reich gefüllt sind? Nein, wir müssen oft genug mit trockenem Brot zur Arbeit gehen, und trotzdem werden die Arbeiter arbeitslos. Ist kein Rohmaterial vorhanden? Doch, aber die Arbeiter sind nicht imstande, die teuren Preise zu zahlen.

In der Lokomotivenindustrie werden die Arbeiter arbeitslos. Bei Drenstein & Koppel, bei Borfig, bei Hartmann usw. werden Lokomotivbauer entlassen.

Werden keine Lokomotiven gebraucht? Wir haben vom Minister gehört, daß noch 53 % der Lokomotiven des Friedensstandes fehlen. — Landwirtschaftliche Maschinen werden gebraucht, der Bauer behilft sich in primitivster Weise, und doch müssen die Arbeiter der Maschinenindustrie feiern.

Der Schlüssel zur Lösung dieser Fragen ist darin zu suchen, daß die Arbeiter in Deutschland nicht so viel verdienen, um ihr Existenzminimum zu bestreiten. In der „Freiheit“ hat der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg, Kuczynski, eine Berechnung des heutigen Existenzminimums vorgenommen. Danach sind zur Erhaltung einer vierköpfigen Familie, also Mann, Frau und zwei Kinder, im Juli 1920 328 Mk. in der Woche notwendig, um Nahrung, Kleidung, Miete usw. zu bezahlen. Das ist das Minimum, das eine Arbeiterfamilie mit zwei Kindern gebraucht, das Wenigste, das man unbedingt haben muß. Wenn wir weniger haben, muß unsere Arbeitskraft erlahmen, muß unsere moralische Widerstandskraft nachlassen, wir müssen frieren, hungern. Die Kultur wird nicht nur stillstehen, sondern sie wird zurückgehen.

1863 trat in Deutschland der große Agitator Ferdinand Lassalle auf, der die Theorie vom „ehernen Lohngesetz“ aufstellte und darin sagte: Der Kapitalist hat das Bestreben, dem Arbeiter nur soviel Lohn zu zahlen, wie der Arbeiter braucht, um das Minimum seiner Existenz damit fristen zu können. Und er sagte: Das ist ein ehernes Gesetz, der Kapitalist wird den Lohn immer so halten, daß der Arbeiter das Minimum zur Erhaltung seiner Existenz bekommt. Deshalb, sagt Lassalle, müsse man sich gegen den Kapitalismus wenden.

Mary, der große Theoretiker des Sozialismus, zeigte auf, daß sich Ferdinand Lassalle geirrt habe. Er sagte: Es gibt kein ehernes Lohngesetz, der Kapitalist kann den Arbeiter nicht auf das Minimum der Existenz herabdrücken. Das würde

bedeuten, daß wir hätten stillstehen müssen, daß es keinen Aufstieg der Arbeiterklasse gebe. Wir brauchen uns nur erinnern, daß in dem 50jährigen Kampf, den Deutschlands Arbeiter geführt haben, sie von einem tieferen auf ein höheres Niveau gestiegen sind, daß die Großväter in wesentlich schlechteren Verhältnissen als wir lebten.

Wer dies bestreitet, wird die Notwendigkeit der ganzen gewerkschaftlichen Arbeit bestreiten müssen, aber die Tatsachen würden gegen ihn zeugen.

Das Existenzminimum ist also die Summe, die der Arbeiter braucht, um sich wieder herzustellen und Kinder aufzuziehen, die nützliche Glieder der menschlichen Gesellschaft werden. Kuczynski sagt nun, zur Bestreitung des Existenzminimums gehören z. B. 328 Mk., während vor dem Kriege zur Bestreitung desselben 28 Mk. genügten. Wir konstatieren, daß wir vor dem Kriege mehr verdienten als 28 Mk. (manche vielleicht etwas weniger, aber es gab doch viele Arbeiter mit einem Wochenverdienst über 40 Mk.) und hören, daß wir jetzt zur Bestreitung derselben Ausgaben 328 Mk. brauchen. Und nun frage ich: Wer von den Berliner Arbeitern verdient jetzt 328 Mk.? Ich nicht, und alle, die ich kenne, verdienen auch weniger, es sind nur wenige Glückliche, die 328 Mk. verdienen. Es steht fest, daß der durchschnittliche Lohn um über 100 Mk. niedriger ist, daß er noch nicht 228 Mk. beträgt. Das bedeutet, daß wir nicht imstande sind, das Existenzminimum mit unserem Lohn bestreiten zu können, wir sind nicht imstande, uns satt zu essen, können keine Stiefel, keine Wäsche, keine genügend große Wohnung anschaffen, weil uns 100 Mk. in der Woche fehlen. Können wir das Existenzminimum nicht bestreiten, müssen unsere Kräfte nachlassen, können unsere Kinder keine kräftigen Menschen werden, muß der allgemeine Gesundheitszustand sich verschlechtern, müssen wir auf einen Zustand kommen, daß wir nicht mehr soviel arbeiten können, um die Existenz der Arbeiterklasse sicher zu stellen.

Aus diesem Wirrwar hat die kapitalistische Klasse keinen Ausweg, sie schreit wie besessen: „Sparen“ und „Nur Arbeit kann uns retten“! Dernburg reist im Lande herum und predigt den Neunstundentag, und wir hören überall, daß nur der verfluchte Achtstundentag an allem Schuld sei. Und ein Sozialist sagte: Wir müssen uns angewöhnen, doppelt soviel zu arbeiten und halb soviel zu verbrauchen, sonst sind wir rettungslos verloren. Aber in der kapitalistischen Ordnung ist eine solche Theorie des Sparens unsinnig. Es wird ja nicht für den Bedarf produziert, es raucht kein Schornstein ohne Profit. Und um die Produkte mit Profit

abzusetzen, müssen zahlungsfähige Käufer vorhanden sein. Der Kapitalist, der produzieren läßt, kann seine Ware nicht absetzen, selbst wenn er nur für das Existenzminimum fabrizieren läßt, weil jedem Arbeiter 100 Mk. in der Woche fehlen, um die Lebensnotwendigkeiten kaufen zu können. Daher muß der Kapitalist einen Schaden haben, oder er muß die Produktion auf einen niedrigen Verbrauch einstellen, wenn wir nicht kaufen können, kann der Kapitalist nicht produzieren. Das zeigt, daß die kapitalistische Wirtschaft an einem Punkt angekommen ist, über den sie nicht fort kann, daß sie sich in einem Verwesungsprozeß im wörtlichen Sinne befindet.

Der Kapitalist muß immer mehr produzieren, sein Absatzmarkt muß immer größer werden, aber jetzt wird er immer kleiner; er müßte denn die Möglichkeit haben, auf dem Weltmarkt abzusetzen, aber das kann er nicht, gerade wegen seiner kapitalistischen Produktion. So ist in Deutschland die Kapitalistenklasse an einem Zustand angelangt, wo sie ihre Arbeitsklaven nicht mehr ernähren kann, und da sie das nicht kann, können diese nicht mehr soviel kaufen, wie notwendig wäre, um die kapitalistische Produktion zu erhalten.

Also stellt der Kapitalist jetzt die Kleiderfabrikation, die Möbel-, die Schuhfabrikation usw. ein, weil er keinen Schaden haben will, und dadurch werden die Arbeiter in den verschiedenen Industriezweigen arbeitslos. Diese Arbeiter, die in der Zeit, als sie arbeiteten, nicht einmal das Existenzminimum bestreiten konnten, vermögen jetzt mit der Arbeitslosenunterstützung natürlich noch weniger zu konsumieren. Daher müssen die Kapitalisten neue Arbeitermassen entlassen. Die Arbeitslosen müssen nun ernährt werden, aber wo nimmt man die Arbeitslosenunterstützung her? Der Finanzminister hat gesagt, daß wir eine Schuldsomme von 267 Milliarden haben, die monatlich noch um 4 Milliarden steigt, dazu kommen etwa 80 Milliarden Schulden der Staaten und Gemeinden. Wenn wir Arbeitslosenunterstützung nehmen, muß sie irgendwoher geborgt werden. Der Kapitalist borgt aber nur gegen Zinsen. Der Arbeiter muß also wieder neue Steuern zahlen, oder die Notenpresse muß noch intensiver arbeiten. Aber jedesmal, wenn neue Papierzettel gedruckt werden, entwertet sich das Geld; jede Entwertung des Geldes macht notwendig, daß wir eine größere Summe Geldes für ein kleineres Quantum Ware zahlen.

In dem Moment also, in dem die kapitalistische Klasse nicht mehr Plätze findet, um ihre Produkte auf dem Weltmarkt abzusetzen, indem sie nicht mehr einen Lohn zahlt, der zum Existenzminimum ausreicht, ist die kapitalistische Wirtschaft an dem Zeitpunkt angelangt, wo sie nur noch sterben kann,

wo jede Maßnahme dazu führt, sie noch mehr zu schwächen, Arbeitslosigkeit und Hunger noch mehr zu vermehren, — und wir sind in Deutschland auf diesem Standpunkt angelangt.

Wir sehen, daß eine Krise eingetreten ist, nicht weil eine Überproduktion vorhanden ist, sondern weil der Kapitalist nicht mehr produzieren kann, was gebraucht wird, da er nicht mehr imstande ist, dem Arbeiter soviel Lohn zu geben, daß er seinen Bedarf kaufen kann.

Das muß von uns aufgenommen werden. Wir werden arbeitslos, obgleich die Produkte dringender gebraucht werden als je. — Die Arbeitsgemeinschaften, die geschaffen werden sollten, um die Wirtschaft wieder aufzubauen, können den Arbeitern nicht helfen, Arbeit zu bekommen.

Die Kapitalistenklasse sucht aus dem drohenden Verfall einen Ausweg und glaubt ihn darin zu finden, daß sie ihre Machtmittel benutzt, um dem Proletariat niedrigere Löhne und gesteigerte Arbeitsleistung aufzuzwingen. Die gesteigerte Arbeitsleistung muß aber dazu führen, die Arbeitslosigkeit noch zu vermehren. Es würde also die Absatzfähigkeit noch weiter geschwächt und die Katastrophe noch verschärft. In der Zeit, in der wir exportierten, haben die klugen, also die gewissenlosesten Kapitalisten, die Zeit benutzt, um soviel wie möglich Kapital ins Ausland zu retten.

Der ehemalige Arbeitsminister Wissell wollte eine Planwirtschaft einführen — sie war allerdings auch danach, aber doch wenigstens ein Versuch zur Regelung der Produktion —, er wurde an die Luft gesetzt. An seine Stelle kam auch ein Gewerkschaftler, Robert Schmidt. Dieser hat sich als Lakai der Kapitalisten erwiesen, er hat die Zwangswirtschaft dort abgeschafft, wo die Kapitalisten es wollten, und dadurch den Kapitalisten unerhörte Profite zugeschoben. Unter ihm war es möglich, daß Milliarden ins Ausland geschleift wurden — und das nannte er Rettung der deutschen Wirtschaft vor den bösen Kommunisten. Heute steht auch er an dem Trümmerhaufen, den er angerichtet hat, und es spielt keine Rolle, ob dies aus Dummheit oder aus Böswilligkeit geschehen ist. Es ist eine einfache Tatsache, daß Hunderttausende Arbeitslose vorhanden sind, aus deren Not es keinen anderen Ausweg gibt, und jeden Tag werden neue Massen in die Arbeitslosigkeit und ins Elend gestürzt.

Da haben die Arbeiter im vorigen Jahre das Betriebsrätegesetz bekommen, das sollte den Gedanken der Arbeitsgemeinschaften gesetzlich verankern und den Arbeitern Waffen gegen den Unternehmer in die Hand geben. Als damals schon Arbeiter austraten, die dies als niederträchtigen Schwindel zur

Begaumerung der Arbeiter kennzeichneten, waren dies natürlich die Schädlinge am Volkswohl.

Ich habe nicht die Absicht, Ihnen hier das Betriebsrätegesetz schlecht zu machen, ich verweise nur auf zwei Paragraphen. § 1 legt Zweck und Wesen des Betriebsrätegesetzes fest: Die Arbeiter sollen sich verpflichtet fühlen, am Wiederaufbau der Wirtschaft teilzunehmen zur gemeinsamen Vertretung der Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. — Im § 66 wird besprochen, was die Betriebsräte zu tun haben: Sie sollen durch Rat und Tat die Betriebsleitung unterstützen, sollen zur Erhebung der wirtschaftlichen Zwecke des Unternehmens bessere Arbeitsmethoden einführen.

Das ist ganz schön gesagt. Wir wollen nun einmal sehen, ob es gemeinsame Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber gibt. Der Arbeiter hat das Interesse, daß in den Werkstätten wieder gearbeitet wird, damit die Volkswirtschaft in Gang bleibt; der Arbeiter will, daß er von der Arbeit sein Leben fristen kann. Darum wird und muß er arbeiten. Auch der Kapitalist hat daran ein Interesse, aber nur bedingt. Der deutsche Kapitalist hat nur ein sekundäres Interesse am Aufbau der deutschen Wirtschaft, er hat nur ein Interesse, daß sein Betrieb aufgebaut wird, damit er Profite machen kann. Für wen er arbeiten läßt, spielt keine Rolle.

Die deutschen Kapitalisten sind nicht hergekommen und haben gesagt: Hört einmal, der deutsche Eisenbahnminister hat gesagt, es fehlen 47 % Lokomotiven —, wenn diese fehlen, können die Lebens- und Gebrauchsmittel nicht überall hingeschafft werden, wo sie nötig sind. Daran dachten die Herrschaften nicht. Sie fabrizierten die Lokomotiven wohl, aber nicht für Deutschland, sondern für das Ausland, weil die deutsche Eisenbahndirektion nicht solche Preise zu zahlen vermochte, wie das Ausland. Sie lieferten für Schweden, weil dort mehr gezahlt wurde, und als die Schweden keine Lokomotiven mehr brauchten, setzte z. B. die Firma Borsig die Arbeiter auf die Straße. Da ging der Betriebsrat zur Preussischen Eisenbahndirektion und fragte: Warum bekommen wir keine Aufträge auf Lokomotiven? Ihr sagt doch, es fehlen so und so viel Lokomotiven und erzählt uns immer, die Wirtschaft muß aufgebaut werden. Natürlich, wurde ihnen gesagt, wir brauchen 4000 Stück, Ihr könnt so viel arbeiten wie Ihr wollt, — aber die Firma nimmt keinen Auftrag von uns an. Die Arbeiter gingen zurück und berichteten der Firma, was ihnen gesagt worden sei. Da sagte die Direktion der Firma: Ja, die Eisenbahndirektion zahlt nicht, was wir wollen, Ihr müßt hingehen und sagen, Borsig muß einen so und so hohen Preis haben, sonst kann nicht fabriziert werden. Der Betriebsrat

ging wieder zur Eisenbahndirektion und sagte: Ihr müßt höhere Preise zahlen, Vorsig hat, als er nach Schweden lieferte ebenfalls soviel bekommen. Es wurde ihnen entgegnet: Es ist doch nicht möglich, daß wir soviel zahlen wie Schweden, dort bekommen die Arbeiter mehr Lohn als Ihr. Außerdem können wir keine höheren Preise bewilligen, da wir 15 Milliarden Defizit haben; wir müßten die Fracht- und Personentarife erhöhen, und darunter müßte wieder die ganze Wirtschaft leiden. Die Arbeiter sagten der Firma: Ihr müßt einen angemessenen Preis verlangen — und rechneten aus, was ein angemessener Preis ist. — — Aber bei Vorsig werden keine Lokomotiven gemacht, weil die Unternehmer nur produzieren, wenn sie hohe Profite machen können, — und die Arbeiter müssen feiern, obgleich dringender Bedarf an Lokomotiven besteht.

In dem Elektrizitätswerk Dena in Berlin sagte der Betriebsrat: Wir hören, in der deutschen Wirtschaft fehlt dies und jenes, was wir hier im Betriebe herstellen könnten, und sagten dies ihren Arbeitskollegen. Das kam zu Ohren der Betriebsleitung, die stellte den in Frage kommenden Betriebsrat, einen Ingenieur, zur Rede: Was fällt Ihnen ein, die Arbeiter aufzuheizen, wie können Sie Ihren Vertrauensposten so mißbrauchen! — und sie entließ den Betreffenden kurzerhand. Der Ingenieur wollte klagen, aber inzwischen war die Firma schon zum Kadi gelaufen und sagte: Auf Grund des Betriebsrätegesetzes ist der Betreffende zum Ersatz des uns entstandenen Schadens von 24 000 Mark verpflichtet, — und das Gericht entschied auch so. Als er vor dem Schlichtungsausschuß auf Wiedereinstellung klagte, lehnte dieser sie ab.

Das ist es, was im Betriebsrätegesetz niedergelegt ist: Der Schutz der Privatinteressen des einzelnen Unternehmers, und es gibt keine Möglichkeit, einen sabotierenden Unternehmer zu zwingen, daß er produziert.

Dafür ein Beispiel: Die Chemnitzer Maschinenfabrik Kappel A.-G. hat ihren Arbeitern mitgeteilt, daß sie aus Auftragsmangel ihren Betrieb schließen müßte. Alle Vorstellungen des Betriebsrats, die Arbeitslosigkeit von den Arbeitern und Angestellten abzuwenden, blieben erfolglos. Man wandte sich schließlich an die Regierung und versuchte, von dort Hilfe zu bekommen. Daraufhin erhielt der Betriebsrat folgendes Schreiben:

Dresden, den . . Juni 1920.

Auf Ihre Eingabe vom 4. d. M. hat das Arbeitsministerium bei der Maschinenfabrik . . . A.-G. Erörterungen über ihren wirtschaftlichen Stand vornehmen lassen. Diese haben ergeben, daß die

Firma in der Tat keine Aufträge mehr hat, ihre Lagerbestände aber überaus groß sind, so daß sie befürchtet, den Bestand des Unternehmens zu gefährden, wenn sie gleichwohl mit fremdem Gelde den Betrieb fortsetzen würde. Bei dieser Sachlage ist eine gütliche Einwirkung auf die Firma zur Fortführung des Betriebes aussichtslos, zu einem zwangsweisen Vorgehen fehlt aber die gesetzliche Grundlage.

Arbeitsministerium.

Selbst.

Ein Mensch, der von den gegenwärtig zu erfüllenden Aufgaben so wenig Ahnung hat, daß er, wo alle sagen, daß wir ohne Arbeit darben, erklären kann: „Wir können es dem Kapitalisten nicht zumuten, daß er ohne Profit arbeitet“, und der das nicht als eine Sabotage der Produktion ansieht, sondern sagt, von einer Sabotage der Produktion könne keine Rede sein, ein solcher Mensch ist zu allem anderen eher befähigt, als zum Arbeitsminister und gehört so schnell als möglich zu seinem Leisten zurückgeschickt; er ist der unfähigste Mensch zur Lösung der gegenwärtigen Probleme.

Wir können uns als Arbeiter unmöglich damit abfinden, daß die Produktion vom Profit abhängig gemacht wird, denn, wenn die Schuhmacher nicht arbeiten, haben wir keine Stiefel, wenn die Textilindustrie feiert, keine Strümpfe und Kleider, und so ist es auf allen Gebieten. Wenn gegenwärtig die Produktion stockt, wird die ganze Wirtschaft ruiniert; wird die Kultur und die Menschheit überhaupt ruiniert; denn wenn wir nicht die Möglichkeit haben, Kinder heranzuziehen, ist es unmöglich, daß sich die Kultur fortsetzt. Der Geburtenrückgang ist schon ein Beweis des Zusammenbruchs der ganzen sozialen Verhältnisse.

Daß aber die Arbeiter noch nicht zur Erkenntnis gekommen sind, was gegenwärtig zu tun ist, ist die Schuld von einigen Kreisen, von denen man sagt, daß sie Sozialisten seien und die den Arbeitern den Sozialismus bringen wollen.

Kautsky hat im November und Dezember 1918 erklärt, daß man Schulden nicht sozialisieren könne; die Arbeiter haben dem geglaubt, und der Demobilmachungskommissar hat den Satz in Millionen von Exemplaren verbreiten lassen. August Müller hat ferner gesagt: Nur wenn eine berauschende Fülle vorhanden sei, könne man den Kapitalismus in Sozialismus umwandeln. Wenn diese Theorien wahr sind, sind wir innerhalb eines Jahres noch einmal so weit vom Sozialismus entfernt als vorher, denn die Schulden haben sich verdoppelt, und, wie Finanzminister Wirth sagt, steigen sie täglich; dann müssen wir nach dieser Theorie Karl Kautskys in einiger Zeit dem Sozialismus so fern werden, daß wir ihn auch mit dem besten Fernrohr nicht mehr sehen können.

Ein anderer großer Theoretiker, Dr. Rudolf Hilferding, hat die Theorie aufgestellt: „Nur reife Betriebe lassen sich sozialisieren.“ Nach Hilferding sind „reife Betriebe“ solche, die einen kapitalistischen Profit abwerfen; solche, die mit Schaden arbeiten, sind keine reifen Betriebe. Darauf sind die Arbeiter wieder hereingefallen. Wir sehen jetzt aber, daß in der Schuhindustrie, im Baugewerbe, in der Textilindustrie usw. die Werke stillgelegt werden, weil sie keinen kapitalistischen Profit mehr abwerfen; aus reifen sind unreife Betriebe geworden. Wenn also Hilferdings Theorie richtig wäre, sind wir vom Sozialismus ebenfalls weiter entfernt als vorher und um so weiter kommen wir täglich vom Sozialismus ab.

Aber solche Theorien, die dazu führen, daß sich die Arbeiterschaft selbst aufgibt, können nicht richtig sein. Es ist doch notwendig, daß produziert wird, aber wenn der Kapitalist die Betriebe stillsetzt, weil er keinen Profit mehr macht, dann muß von uns die Produktion aufgenommen werden, dann ist unser Schlachtruf: Rettet die Produktion vor dem Verfall, rettet sie vor der Sabotage der Kapitalistenklasse! Aber das kann nicht durch die Arbeitsgemeinschaften geschehen, die den Verfall herbeiführen geholfen haben, sondern indem wir uns zur Kontrolle der Produktion durch das Proletariat bekennen.

Was heißt: Kontrolle der Produktion durch das Proletariat? Es heißt, daß die Produktion in unserem Lande eingestellt wird auf den Bedarf der Menschen, die als Produzierende, als Arbeitende, in Betracht kommen. Es heißt, daß die Kopf- und Handarbeiter sich verbinden, damit die Produktion fortgesetzt werden kann und damit mit den vorhandenen Arbeitskräften und Rohmaterialien das hergestellt wird, um uns am Leben zu erhalten, damit die künftige Produktion nicht das Rückgrat verliert.

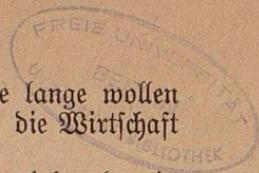
Aber da wir im Lande nicht das herstellen können, was wir zum Leben brauchen, denn Deutschland ist ein Industrieland und betreibt nicht genügend Landwirtschaft, um alle zu ernähren, müssen wir noch Nahrungsmittel einführen. Aber es dürfen nur solche Dinge eingeführt werden, die man zur Erhaltung der Arbeitskraft und zur Ermöglichung der Weiterführung der deutschen Industrie braucht. Um diese Dinge einführen zu können, müssen wir Äquivalente geben, müssen etwas ausführen. Das Proletariat muß also mit der Produktionskontrolle auch die Kontrolle der Ein- und Ausfuhr übernehmen. Es darf künftig nicht angehen, daß der eine seinen Leib mit Kleidern behängt, während andere nicht die allernotwendigsten Bekleidungsstücke haben, daß der eine schlemmt, während Tausende darben.

Wir müssen, wenn wir die Wirtschaft aufrichten wollen, produzieren, auch gegen den Willen des Unternehmers. Wenn wir erklären: Das und das brauchen wir, und die Kapitalisten sagen, das können sie nicht produzieren und schließen die Betriebe, so müssen wir den Betrieb wieder aufmachen, und wenn ein Kapitalist sagt, er läßt den Betrieb nicht aufmachen, dann müssen unsere Fäuste stark genug sein, um ihn von den Toren der Fabrik wegzujagen. Wir können die Betriebe nicht kaufen aus einem Beutel, in dem kein Geld ist, wir müssen den Unternehmern die Betriebe wegnehmen, expropriieren, nicht um einen Diebstahl zu begehen, sondern um dazu zu gelangen, daß wir nicht um unser Leben betrogen werden.

Wenn wir nun durch unsere Kraft erzwingen, daß die Betriebe aufgemacht werden, so haben wir aber noch nicht das Geld, um die Betriebe in Gang zu halten. Wir brauchen das Geld, um Löhne auszahlen zu können, um Rohmaterialien zu kaufen, und wir werden daher verlangen, daß das Geld daher genommen wird, wo es ist, wir werden es von den Banken nehmen, damit die Produktion am Leben bleibt.

Nun stellen Sie sich vor: Wir haben den Kapitalisten die Werkstätten weggenommen und sagen ihnen dazu noch: Jetzt wird dein Geldbeutel geleert; meinen Sie, daß dann der Kapitalist sagen wird: Du lieber Bruder im blauen Arbeitsfittel, wie habe ich Dich verkannt. Komm an mein Herz, ich sehe, Du willst nur das Beste für Volk und Vaterland! Nein, die Kapitalisten werden wie seinerzeit, als sie mit Noskes Hilfe die Arbeiter niederkartätschten, wieder gegen uns vorgehen; wie sie uns die Akkordarbeit wieder aufzwanzen, so werden sie sich uns entgegenstemmen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, mit der ökonomischen und politischen Gewalt. Er wird die Polizei, die Richter, die Soldaten, die Kanonen und Maschinengewehre gegen die Arbeiter mobilisieren, die nichts weiter wollen, als die Produktion in Gang bringen. So entspringt aus dem Kampf um die wirtschaftliche Macht, der große politische Kampf um die Eroberung der politischen Macht gegen die Klasse der Besitzenden, die nicht danach trachten, daß die Gesellschaft in Zukunft noch leben kann, sondern die keine andere Sorge haben, als daß sie Profite machen.

Das müssen wir aus den heutigen Verhältnissen erkennen, weil es so bitter traurig ist, weil die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter so ohnmächtig sind, daß sie nicht mehr imstande sind, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, sie sind ein Koloss, der an Händen und Füßen gefesselt ist, weil ihre Kassen geleert sind; die Metallarbeiter, die Schuhmacher, die Holzarbeiter, die Textilarbeiter können keinen Streik



unternehmen, weil die Kassen leer sind. Wie lange wollen sie warten, bis sie zur Rettung der Produktion die Wirtschaft in Gang bringen?

Die Zeiten sind vorbei, wo in einem Betriebe oder in einem Gewerbe oder in einem Orte die Arbeiter etwas werden können, die Arbeiter werden ihre Existenz nur verteidigen durch engsten Zusammenschluß aller Arbeiter. Das sind die Aufgaben, die den Betriebsräten erwachsen, nicht aus den Paragraphen des Betriebsrätegesetzes, sondern aus der gemeinschaftlichen Not, die die Arbeiter zwingt, den Paragraphenplunder zu zerstören, um sich und die Kultur vor dem Untergang aus der sich in Auflösung befindlichen Wirtschaftsordnung zu retten.

Die Gewerkschaften müssen ihre Burgfriedenspolitik lassen, damit die letzten Kräfte zusammengeschlossen werden, mit den Betriebsräten einen gemeinsamen Kampf zu führen zur Rettung der Produktion. Nur wenn diese Aufgabe erfüllt wird, durch den Kampf der vereinigten Kopf- und Handarbeiter, ist die Möglichkeit geschaffen, weiter arbeiten und leben zu können. Aber auch nur dann.



16. 03. 87

.....  
Druck von Alexander Schlicke & Cie.,  
Berlin N 24, Elsässer Straße 86-88  
.....

2

